

## ***Die europäisch-indischen Beziehungen: Chancen, Herausforderungen und Perspektiven***

Shazia A. Wülbers und Joachim Betz

Die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Indien für ein gemeinsames Freihandelsabkommen sollten im Jahr 2014 zum Abschluss kommen, wurden aber durch die indischen Wahlen unterbrochen. Bislang ist immer noch kein Termin für die Weiterverhandlung gesetzt.

### **Analyse**

Die europäisch-indischen Beziehungen haben im vergangenen Jahrzehnt stark an Bedeutung gewonnen. Bei genauerem Hinsehen verbergen sich jedoch hinter der euphorischen rhetorischen Fassade strategischer Partnerschaft immer noch divergierende Weltanschauungen, Politiken und Erwartungen.

- Die außenpolitischen Perzeptionen und Prioritäten der EU und Indiens haben sich historisch betrachtet aus völlig unterschiedlichen Ausgangslagen heraus entwickelt. Entsprechend divergieren auch die heutigen Zielsetzungen. Die außenpolitischen Gemeinsamkeiten Indiens mit den USA sind ausgeprägter als jene mit der EU.
- Eine engere Kooperation zwischen beiden Parteien blieb stets hinter der Rhetorik zurück und beschränkt sich oft auf luftige Absichtserklärungen. Es fehlt an einer unterstützenden indischen Diaspora in Europa und an einem gemeinsamen Herangehen an bestimmte globale Herausforderungen. Nicht zuletzt begrenzen auch tradierte Denkschablonen eine dynamische Fortentwicklung der Partnerschaft.
- Indien erstrebt für sich selbst eine Großmachtrolle und ist sicherheitspolitisch auf China und Pakistan fixiert. Europas Interessen gelten vor allem dem friedlichen Ausgleich innerhalb Europas und der Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen. Entwicklungspolitisch leidet die Glaubwürdigkeit der EU auch in Südasien an mangelnder Kohärenz.
- Dem enormen Potenzial, das die EU für Indien bietet, wurde bis jetzt aus indischer Perspektive zu wenig Beachtung geschenkt. Andererseits sollte man sich aufseiten der EU Gedanken darüber machen, ob ein Teil der großen Aufmerksamkeit, welche China in den vergangenen Jahren zugekommen ist, nicht besser auf Indien gerichtet werden sollte.

*Schlagwörter: Indien, Europäische Union, bilaterale Zusammenarbeit, Freihandelsabkommen*

## Schein und Sein

Die europäisch-indischen Beziehungen haben im vergangenen Jahrzehnt stark an Bedeutung gewonnen. Bis in die 1990er Jahre hinein hat weder die Europäische Union mit Indien noch Indien mit der Europäischen Union als globalem Player gerechnet. Danach verbesserten und beschleunigten sich die beiderseitigen Beziehungen rasch; sie gipfelten im Jahr 2004 in der Vereinbarung einer strategischen Partnerschaft und einem daraus abgeleiteten gemeinsamen Aktionsplan (2005, revidiert 2008), der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Reform der Vereinten Nationen, dem Klimaschutz, der Steigerung des bilateralen Handels und beim kulturellen/wissenschaftlichen Austausch verspricht (European Commission 2004).

In Europa wird dem wachsenden wirtschaftlichen Potenzial Indiens und seiner zunehmend selbstbewussten Rolle als globaler Akteur zunehmend Anerkennung gezollt. Das Volumen des gegenseitigen Handelsaustausches liegt nach Auffassung der Europäischen Kommission bislang noch weit unter seinen Möglichkeiten. Aber schon jetzt sind die EU der Haupthandelspartner und der größte Investor für Indien. Da die indische Regierung lange Zeit davon ausging, dass die EU als ein aus 28 Staaten zusammengesetztes Gebilde Probleme hat, eine gemeinsame und kohärente Linie in der Außenpolitik zu formulieren, hat sie die EU vielfach unterschätzt.

Seit dem Jahr 2007 wird auch über ein Freihandelsabkommen verhandelt. Die gegenseitige Annäherung ist beachtlich: Die europäischen Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir und der Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gegenüber Indien scheinen sich in Luft aufgelöst zu haben. Umgekehrt spricht Indien nicht mehr abwertend von „dem Westen“, sondern akzeptiert die EU nun als eigenständige, ernst zu nehmende Macht. Bei genauerem Hinsehen trübt sich jedoch der positive Schein. Hinter der begeisterten rhetorischen Fassade strategischer Partnerschaft verbergen sich immer noch divergierende Weltanschauungen, Politiken, Erwartungen und Pläne für die Zukunft (vgl. allgemein Wülbbers 2011).

## Unterschiedliche Ziele

Die außenpolitischen Perzeptionen und Prioritäten der EU und Indiens haben sich historisch betrachtet aus völlig unterschiedlichen Ausgangslagen heraus entwickelt. Indien sieht sich schon lange als respektierte Großmacht, was die außenpolitischen Strategien aller bisherigen indischen Regierungen spiegeln. Konsens darüber besteht zudem über alle Parteigrenzen hinweg; das hat sich auch seit dem Ende des Kalten Krieges nicht grundlegend geändert. Die europäische Außenpolitik fußt dagegen auf einer völlig unterschiedlichen Prämisse. Nach der Erfahrung von zwei Weltkriegen sollte Machtgewinn mit militärischen Mitteln der Vergangenheit angehören.

Indiens enorme Landmasse und Bevölkerung haben seit jeher eine besondere Rolle bei der Definition der außenpolitischen Strategien gespielt. Als bei Weitem größter Staat sieht es sich selbst als Hegemonialmacht auf dem südasiatischen Subkontinent. Diese Sichtweise versucht die indische Regierung nicht nur den kleineren Nachbarstaaten nahezubringen, sondern gerne auch dem Rest der Welt. Die bisherige Anerkennung, welche Indien nach dem Kalten Krieg durch die Amerikaner und Europäer zuteil geworden ist, haben diese Ansicht innerhalb des Landes ebenso gefördert wie die Dynamisierung des wirtschaftlichen Wachstums seit den Reformen Anfang der 1990er Jahre. Indien hat seine Großmachtambitionen auch durch vereinzelte Fehlschläge in der Vergangenheit nicht aufgegeben. Von der Teilnahme in der Bewegung der blockfreien Staaten erhoffte sich das Land nationales Prestige und eine größere moralische Autorität gegenüber dem Rest der Welt. Man träumte sogar davon, die Bewegung in ein effektives Gegengewicht zu den beiden Blöcken der Weltmächte zu entwickeln.

Indien versuchte aber auch außerhalb dieser Bewegung eine führende Rolle innerhalb der Länder der Dritten Welt zu spielen. Dies zeigte sich unter anderem an seiner fast schon propagandistischen Verbreitung des Konzepts einer Neuen Weltwirtschaftsordnung in den 1970er Jahren und seinem aktiven Engagement innerhalb diverser Gruppierungen von Entwicklungsländern. Indiens Außenpolitik war bis zum Ende der Regierungszeit Jawaharlal Nehrus 1964 gleichzeitig von normativen wie idealistischen Elementen geprägt. Der (Fort-)Entwicklung der bestehenden internationalen Institutionen wurde in dieser Zeit allerdings

eine größere Rolle im Vergleich zur bloßen nationalen Machtanreicherung eingeräumt. Dieser anfängliche außenpolitische Idealismus verschwand jedoch mit Nehru. Seine Nachfolger setzten dagegen seither auf ein starkes Militär und die nukleare Option, um sich den nötigen Respekt in der Weltgemeinschaft zu verschaffen (vgl. Cohen 2002; Malone 2011).

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften Kohle und Stahl und später der EWG sollten vor allem zukünftige Kriege in Europa verhindert werden. Mit der Sicherung des Friedens war gleichzeitig der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und Infrastruktur verbunden; dies war die Grundlage des gemeinsamen europäischen Nachkriegswohlstandes. Keinesfalls zu unterschätzen ist aber auch der Einfluss, den die USA auf den europäischen Einigungsprozess ausübten. Im Kontext des Kalten Krieges erklärte sich das amerikanische Engagement aus dem Bestreben, Westeuropa aus den Fängen der Sowjetunion zu befreien. Die ideologische Polarisierung des Ost-West-Konfliktes tat das Übrige, um die traditionellen Rivalitäten der europäischen Staaten untereinander auszuräumen. Mit der Gründung der NATO und der Einbeziehung Westdeutschlands in ein gesamt-europäisches Verteidigungskonzept konnte ein effektives Instrument gemeinsamer Sicherheit geschaffen werden.

Die Europäer mussten sich also dank des Schutzes durch die USA und die NATO keine allzu großen Gedanken über Krieg und auswärtige Bedrohungen machen. In Indien sah die Ausgangssituation jedoch völlig anders aus: Es fand sich von Anfang an umzingelt vom nuklear gerüsteten China auf der einen und von Pakistan als ständigem Kriegsgegner auf der anderen Seite. Indien musste sich also so schnell wie möglich und aus eigener Kraft eine Machtbasis schaffen, um in dieser feindlichen Umgebung überleben zu können. Auch die heutige Außenpolitik des Landes muss in diesem historischen Kontext betrachtet werden.

Interessanterweise gleichen die außenpolitischen Ziele Indiens eher denen der USA. Für beide Länder ergibt sich aus ihrer relativen Größe und der geografischen Lage zwischen zwei Küsten eine Hegemonialstellung gegenüber ihren Nachbarstaaten. Deshalb kann es sich die öffentliche Debatte in Indien und den USA laut Barbara Crossette (*New York Times*) auch leisten, „zu einem gewissen Grade introvertiert oder gar provinziell zu bleiben und ohne größere Kenntnisse über den Rest der

Welt auszukommen“. Wie die USA definiert auch Indien seine Position in der Weltpolitik über den Besitz von Kernwaffen. Beide Länder hatten in der Vergangenheit auch keine Scheu, „unheilige Allianzen“ mit autoritären Regimen einzugehen, obwohl sie global gesehen die beiden größten Demokratien sind. Die USA kommen daher aus indischer Sicht eher als strategischer Bündnispartner infrage, da sie den Amerikanern, anders als den Europäern, ein größeres Verständnis für die eigenen Großmachtbestrebungen zutrauen. Dadurch erklärt sich auch, warum Indien niemals an ernsthaften Gesprächen über Sicherheitspolitik und nukleare Abrüstung mit der EU interessiert war.

### **Hindernisse für die Vertiefung der Beziehungen**

Obwohl sich Indien und die Europäische Union gegenseitig gerne als „natürliche Verbündete“ bezeichnen, bleibt eine engere Kooperation zwischen beiden Parteien jedoch stets hinter der Rhetorik zurück. Vor allem auf kultureller Ebene spielt der europäisch-indische Austausch eine weitaus geringere Rolle als häufig angenommen. So wird der Austausch von Studierenden zwischen der EU und Indien sowohl durch die Anzahl der indisch-amerikanischen Programme als auch durch den europäisch-chinesischen Austausch von Studierenden um ein Vielfaches übertroffen. Das Erasmus Mundus-Programm der EU mit Indien bleibt aufgrund von mangelnder Verbreitung und bürokratischer Abwicklung häufig unterbesetzt. Ähnlich sieht es bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus aus. Hierbei wurde seit der schriftlichen Fixierung gemeinsamer Ziele auf dem EU-Indien-Gipfel im Jahr 2000 keine einzige Maßnahme konkretisiert oder gar umgesetzt. Die entwicklungspolitischen Abkommen der EU mit Indien sind mit Absichtserklärungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation gespickt. Jedoch gelten diese Erklärungen als „weiche“ Instrumente und sind weder bindend, noch wird ihre Einhaltung überwacht.

Ein weiteres Hindernis für die Vertiefung der europäisch-indischen Beziehungen stellt das Fehlen einer organisierten und kohärent agierenden indischen Diaspora in Europa dar. Die meisten „europäischen“ Indier leben in Großbritannien. Hier üben sie jedoch abgesehen von ihrer Stellung in einzelnen wirtschaftlichen Segmenten nahezu keinen politischen Einfluss aus. Dies mag daran

liegen, dass die Mehrzahl der noch in den 1950er Jahren in das Vereinigte Königreich eingewanderten Inder nicht der gebildeten Mittelschicht, sondern der einfachen (Land)Arbeiterschaft angehörten. Dem steht eine wohlorganisierte und gebildete amerikanisch-indische Diaspora gegenüber, welche in der Lage ist, ihre Interessen zu bündeln und gezielt an politische Akteure zu adressieren. Es ist auch erstaunlich, dass neben den unzähligen Interessenverbänden bis heute keine einzige indische Lobbygruppe bei der Europäischen Kommission in Brüssel aktiv ist. Die inhaltliche Ausarbeitung der Strategischen Partnerschaft EU-Indien erfolgte deshalb ausschließlich aus europäischer Perspektive. Die indische Botschaft in Brüssel ist nicht in der Lage, die Funktionen einer effektiven Lobbyorganisation auszuüben.

Nichttarifäre Handelshemmnisse stellen seit jeher einen der prominentesten Streitpunkte der europäisch-indischen Beziehungen dar. Die beiden am häufigsten beklagten Barrieren bilden dabei die Antidumpingzölle und die gesundheitspolitischen sowie pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen (SPS). In der Welthandelsorganisation (WTO) gehört die EU zu den Hauptanwendern von Schutzzöllen gegen Indien, wobei sie die indische Regierung gleichzeitig beschuldigt, europäische Firmen mit unrechtmäßigen Zollmaßnahmen zu belasten. Indien gehört in der Tat selbst zu den häufigen Nutzern von Antidumpingzöllen. In den Schlichtungsverfahren der WTO zeigen sich beide Seiten überdies traditionell wenig kompromissbereit (WTO 2014).

Antidumpingzölle werden in Indien vor allem auf Agrarprodukte erhoben, um die eigenen Märkte vor der Einfuhr stark subventionierter Waren aus dem Ausland zu schützen. Stark betroffen davon sind die europäischen Agrarexporte nach Indien. Wie bekannt, schottet auch die EU ihren heimischen Lebensmittelmarkt traditionell gegen den Rest der Welt ab. Innerhalb der WTO unterstützen deshalb die EU und Indien gemeinsam die Beibehaltung von Handelshemmnissen insbesondere im Agrarbereich. Bei den gesundheitspolitischen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen herrscht indes völlige Uneinheitlichkeit zwischen den europäischen und indischen Regelwerken. Beide Seiten erkennen die Standardisierungs- und Zertifizierungsverfahren sowie die offiziellen Prüfstellen des jeweils anderen nicht an. Die Europäer bemängeln, dass indische Produkte vielfach nicht den grundlegenden Standards in Sachen Hygiene und

Sicherheit genügen, während sich indische Exporteure darüber beschweren, dass die europäischen Tests nur oberflächlich stattfinden und Behörden die Einfuhr von Waren noch vor Eintreffen der Testergebnisse ablehnen. Der im Dezember 2014 vom deutschen Bundesinstitut für Arzneimittel für 80 Medikamente verfügte Verkaufsstopp aufgrund jahrelang manipulierter Zulassungsstudien für Generika durch eine indische Firma ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

In vielen globalen Fragen wie dem Klimawandel oder bei der Durchsetzung internationaler Strafverfolgung finden sich Indien und die EU in gegensätzlichen Positionen wieder. Die EU betrachtet sich als Anwalt für die Umsetzung der internationalen Klimaschutzziele, während Indien bis heute eine verpflichtende, international verifizierbare Emissionsminderung von Klimagasen für die eigene Wirtschaft ablehnt. Auch die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes stieß bei Indien auf eine ablehnende Haltung. Die indische Position glich auch hierbei jener der USA; beide Regierungen blieben dem entsprechenden Abkommen fern.

Eine Weiterentwicklung der europäisch-indischen Beziehungen scheitert auch an der Priorisierung verschiedener innen- und regionalpolitischer Probleme in Indien und der EU. Die andauernde Wirtschafts- und Währungskrise in Griechenland und in anderen südeuropäischen Ländern stellt die EU immer noch vor enorme Herausforderungen. Dazu kommt die hohe (Jugend)Arbeitslosigkeit vor allem in den Krisenländern. Mit der Aufnahme Kroatiens dürfte die Union dabei ein zusätzliches Sorgenkind mit schwacher Wirtschaftsleistung und hoher Arbeitslosigkeit bekommen. Hinzu kommen die Dauerprobleme hoher Migration in die EU und mangelhafter Integration der Migranten. Die EU sieht sich mit einer ganzen Palette innenpolitischer Probleme konfrontiert, die ihre Aufmerksamkeit von der Fortentwicklung der europäisch-indischen Beziehungen weg lenken dürften.

Indien scheint auf der anderen Seite immer noch in seinem Sicherheitsdilemma mit Pakistan und China gefangen zu sein. Auch dies dürfte das Land von der Forcierung wirtschaftlichen Austausches mit der EU abhalten. Im Gegensatz zu Indien konnte sich China lange aus der Konfrontation mit Nachbarstaaten heraushalten und sich damit stärker auf seine wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren. Dies geschah mit beträchtlichem Erfolg: Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft befanden sich

China und Indien im Jahr 1972 in etwa auf dem gleichen Stand, China war sogar wirtschaftlich noch stärker binnenorientiert als Indien. Dreieinhalb Jahrzehnte später ist China zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht avanciert und gilt als Hauptmotor und einer der Hauptprofiteure der Globalisierung. Indien sieht sich dagegen immer noch in seinen alten regionalen Konflikten gefangen und hinkt dem chinesischen Entwicklungsstand hinterher. Die strategische Nutzung wirtschaftlicher Entwicklung als Grundlage für außenpolitische Stärke gewinnt aber langsam auch in Indien an Einfluss.

Entwicklungspolitisch leidet die Glaubwürdigkeit der EU auch in Südasien an mangelnder Kohärenz, vor allem in Bezug auf den Agrarbereich. Der klassische Ansatz europäischer Entwicklungshilfe bestand bis in die 1990er Jahre darin, die Situation der Armen in der Dritten Welt durch die Förderung von Grundbedürfnissen zu verbessern. Dies führte jedoch nicht zu den erhofften Ergebnissen, da hierdurch keine nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe geschaffen werden konnte. Die Auswirkungen von Armut wurden hierdurch zwar temporär gelindert, jedoch nicht an ihren Wurzeln bekämpft. In ihrer Entwicklungszusammenarbeit hat sich die EU deshalb auf eine Strategie zur Schaffung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum verlegt, welches sie vor allem mit der Erschließung neuer Handelsbeziehungen zu erreichen versucht. In der Idee klingt dieser Ansatz gut: Neue Handelsbeziehungen sorgen für mehr Wachstum und Wohlstand. In der Praxis jedoch fällt die Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenhandelsbeziehungen mangelhaft aus. Das Ziel der gemeinsamen Handelspolitik besteht in der Regel in der Öffnung neuer Absatzmärkte für europäische Produkte. Der uneingeschränkte Export von in Europa subventionierten Agrarprodukten führt aber auf den Absatzmärkten in Entwicklungsländern zu negativen Effekten. Heimische Produzenten können mit den Dumpingpreisen aus Europa nicht mithalten und haben daher geringere eigene Absatzchancen. Gleichzeitig können sie ihre Produkte durch die hohen Zollschranken nicht auf den europäischen Märkten verkaufen.

Das Potenzial für intensivere Beziehungen zwischen Indien und der EU wird außerdem durch bestehende Denkschablonen und kulturelle Vorurteile behindert. Das klassische Image Indiens ist in Europa noch immer zu sehr von Armut und Unterentwicklung geprägt. Deshalb verwunderte es die Europäer beispielsweise, dass Indien nach

dem Tsunami im Jahr 2004 jegliche Annahme ausländischer Hilfe verweigert hat. Die Selbstwahrnehmung und das Selbstbewusstsein Indiens haben sich in den vergangenen eineinhalb Dekaden des konstanten wirtschaftlichen Aufstiegs jedoch grundlegend verändert. Indien möchte nicht länger als hilfebedürftiges Entwicklungsland, sondern als gleichberechtigter und selbstbestimmter Partner wahrgenommen werden. Dieser Veränderung in der Selbstwahrnehmung Indiens ist bei den Europäern jedoch noch nicht genügend Rechnung getragen worden. Erschwerend kommt hinzu, dass Generationen europäischer Intellektueller Indiens als altehrwürdiges, mystisch verklärtes Land beschrieben haben. Ihre Werke fußen dabei traditionell auf Beobachtungen der hinduistischen Religion und des Kastensystems, was den Eindruck förderte, dass die indische Gesellschaft vor allem irrational und imaginativ geprägt sei. Dem gegenüber wurde das vermeintlich überlegene europäische System gestellt, gelenkt von Rationalität und Wissenschaft. Dieser Eindruck wurde von indischer Seite verschärft, als nationalistische Autoren den Hinduismus im Gegensatz zum englischen Utilitarismus im frühen 20. Jahrhundert überhöhten und glorifizierten. Mit den Schrecken der Weltkriege und der aktuellen Machtverschiebung nach Asien und in den Pazifikraum hat das zivilisatorische Sendungsbewusstsein Europas jedoch einen deutlichen Dämpfer erhalten.

### Entwicklungsperspektiven

Die EU und Indien haben im Juni 2007 bilaterale Verhandlungen für ein gemeinsames Freihandelsabkommen (FTA) aufgenommen. Diese sollten im Jahr 2014 zum Abschluss kommen, es wurden bislang jedoch schon vier Endtermine verpasst. Von einer gemeinsamen Freihandelszone erhoffen sich beide Seiten große wirtschaftliche Chancen. Indiens aufstrebende Mittelschicht stellt einen großen Absatzmarkt für europäische Unternehmen dar. Von Letzteren verspricht sich die indische Regierung wiederum den Transfer intelligenter und zukunftsfähiger Technologien. Für Indien stellt der bilaterale Rahmen der Verhandlungen zum FTA einen beträchtlichen Vorteil dar, da man hier, im Gegensatz zu den multilateralen Verhandlungsrunden in der WTO, als gleichberechtigter Partner und eben nicht als überstimmbares Entwicklungsland mit am Tisch sitzt. Die EU ist gegenwärtig In-

diens wichtigster Handelspartner und kommt für rund 15 Prozent des Außenhandels auf. Das Volumen dieses Handels betrug im Jahr 2013 nahezu 50 Mrd. EUR und Indien weist im bilateralen Austausch nur ein geringes Defizit auf. Von einer Liberalisierung des bilateralen Handels würden folglich beide Seiten profitieren: Europa von der Senkung der deutlich höheren indischen Zölle, Indien wegen des europäischen Gewichts in seinem Außenhandel (Wouters et al. 2013).

Auf indischer Seite wurden bei den Verhandlungen vor allem Zugeständnisse für den Schutz der eigenen Automobilindustrie und den pharmazeutischen Sektor gefordert. Außerdem möchte Indien als Standort eines der weltweit größten IT-Sektoren den Status als datensicheres Land von der EU bescheinigt bekommen. Dies wäre für die einschlägigen indischen Unternehmen eine große Hilfe. Die EU argumentierte, dieses Problem müsse andernorts angegangen werden. Indien forderte des Weiteren einen erleichterten Zugang für indische Fachkräfte zu den europäischen Arbeitsmärkten, vor allem mit Blick auf seine IT-Fachkräfte. Im Gegenzug verlangten die Europäer die Senkung der indischen Einfuhrzölle auf Agrarprodukte, Kraftfahrzeuge, Wein und Luxusgüter, die weitere Öffnung des Versicherungswesens für ausländische Investoren und eine über die Verpflichtungen in der WTO hinausgehende Reform des indischen Patentrechtes, um geistiges Eigentum besser zu schützen. In der Öffentlichkeit wurde indes der hinter verschlossenen Türen stattfindende Verhandlungsprozess kritisiert, welcher sich vollends auf Wirtschaftsinteressen fokussiert und dabei die zivilgesellschaftliche Komponente vernachlässigt.

Die Verhandlung des Freihandelsabkommens wurde durch die indischen Wahlen und den Antritt der Regierung Modi unterbrochen. Hoffnungen richteten sich darauf, dass unter der neuen, wirtschaftsfreundlichen indischen Regierung schnellere Fortschritte möglich seien. Rasch wurden aber wieder alte Positionen bezogen: Indien wehrt sich weiterhin gegen europäischen Druck, die Zölle auf Kraftfahrzeuge zu reduzieren und den Schutz geistigen Eigentums zu verschärfen. Den europäischen Partnern reichte die Liberalisierung des indischen Versicherungswesens nicht aus und sie waren auch nicht bereit, Indien als ein sicheres Land im Umgang mit elektronischen Daten einzustufen. Auf indischer Seite verschärft sich derweil der Widerstand gegen die längst versprochene Liberalisierung des Einzelhandels. In Neu-Delhi gewann

man auch den Eindruck, Europa sei gegenwärtig zu stark mit dem Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens beschäftigt, um Indien größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der im Jahr 2004 ins Leben gerufene Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Indien hat bislang keinerlei bindende Resultate für beide Seiten hervorgebracht. Er besitzt dennoch das Potenzial, Menschenrechtsfragen in das Zentrum der europäisch-indischen Beziehungen zu rücken. Seit dem Jahr 2011 wurde er jedoch zweimal verschoben. Die von beiden Seiten bis dahin eingebrachten Vorschläge waren zu keiner Zeit bindend oder gar mit einem festen Termin versehen. Seither zeigt sich das Europäische Parlament besorgt über den Fortbestand des Dialoges. In zahlreichen Berichten macht es auf Defizite in der indischen Menschenrechtssituation aufmerksam und fordert das Land dazu auf, bislang nicht beachteten Menschenrechtskonventionen beizutreten.

Indien ist bei den internationalen Klimaverhandlungen bis heute der hartnäckigste Verteidiger der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit“ für den Klimaschutz, ein Grundsatz, der das Land, das mittlerweile der drittgrößte Emittent von Klimagasen ist, zu gar nichts verpflichtet. Indien hat sich zwar auf der Gipfelkonferenz von Kopenhagen (2009) zu einer „freiwilligen“ Reduktionsverpflichtung von 20-25 Prozent (gegenüber einem *business as usual*-Szenario) durchgerungen, angesichts des wahrscheinlichen wirtschaftlichen Wachstums und damit der künftigen Klimagasemissionen ist dies allerdings nicht viel (Betz 2012). Die indische Regierung operiert dabei mit einem recht kühnen Gerechtigkeitsbegriff, der jedem Erdenbürger ein gleiches Recht auf Verschmutzung der Erdatmosphäre zubilligt, und beharrt darauf, dass die Industriestaaten, als Hauptverursacher bisheriger Emissionen beim Klimaschutz vorangehen müssen. Fairerweise muss man aber darauf hinweisen, dass die indische Regierung den Umwelt- und Klimaschutz national in der letzten Dekade stark vorangetrieben hat, zum Beispiel mit einem recht detaillierten Klimaaktionsplan, der Förderung regenerativer Energien oder der Einsparung und Konservierung von Energie. Die nach wie vor starre Haltung Indiens auf den internationalen Klimakonferenzen bringt die Vertreter des Landes jedoch in starken Gegensatz zur EU, die sich als Vorreiterin gemeinsamer und verpflichtender Klauseln bei den internationalen Klimaregimen und ehrgeiziger Reduktionsver-

pflichtungen sieht, dabei aber selbst auf erhebliche Umsetzungsprobleme stößt. Ein Zusammenkommen beider Parteien ist deshalb auch in den laufenden und den künftigen Klimaverhandlungen nicht zu erwarten.

Stärkere Zusammenarbeit beider Akteure ist vielleicht bei der Beilegung regionaler Konflikte im asiatischen Raum möglich. So verfolgen die EU und Indien etwa viele gemeinsame Interessen in Afghanistan, vor allem bei der Stärkung der Zivilgesellschaft des Landes. Hier können beide Partner ihre Kapazitäten in Projekten bündeln, zum Beispiel bei der afghanischen Polizeireform oder beim Bau von Schulen für Straßenkinder.

Das Indien von heute hofft mit der Forcierung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung seinen langjährigen Traum, in die Riege der Großmächte aufzusteigen, endgültig zu verwirklichen. Die Europäische Union blickt indes angesichts der hartnäckigen Wirtschafts- und Währungskrise mit Sorge auf die eigene Zukunft auch wenn sie durch die Verträge von Lissabon institutionell gefestigt und gemessen an ihrer Wirtschaftskraft stärker denn je zu sein scheint. Dem enormen Potenzial, das die EU so für Indien bietet, wurde bis jetzt aus indischer Perspektive zu wenig Beachtung geschenkt. Auf der anderen Seite sollte man sich auf Seiten der EU Gedanken darüber machen, ob ein Teil der großen Aufmerksamkeit, welche China in den vergangenen Jahren zugekommen ist, nicht besser auf Indien gerichtet werden sollte.

## Literatur

- Betz, Joachim (2012), *India's Turn in Climate Policy: Assessing the Interplay of Domestic and International Policy Change*, GIGA Working Papers, 190, online: <[www.giga-hamburg.de/workingpapers](http://www.giga-hamburg.de/workingpapers)> (11. Dezember 2014).
- Cohen, Stephen P. (2002), *India: Emerging Power*, New Delhi: Oxford U. P.
- European Commission (2004), *EU-India Strategic Partnership, CON (2004) 430 final*, Brussels.
- Malone, David M. (2011), *Does the Elephant Dance? Contemporary Indian Foreign Policy*, Oxford: Oxford U. P.
- WTO (2014), *World Trade Report 2014*, Geneva.
- Wouters, Jan et al. (2013), *Some Critical Issues in EU-India Free Trade Agreement Negotiations*, Leuven Centre for Global Governance Studies, Working Paper, 102.
- Wülbers, Shazia Aziz (2011), *The Paradox of EU India Relations: Missed Opportunities in Politics, Economics, Development Cooperation and Culture*, Maryland: Lexington Books.

## ■ Die Autoren

Dr. Shazia Aziz Wülbers ist Lektorin an der Hochschule Bremen.

E-Mail: <shazia-aziz.wuelbers@hs-bremen.de>

Prof. Dr. Joachim Betz ist emeritierter Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und apl. Prof. für politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

E-Mail: <joachim.betz@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/betz>

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunktes 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ befassen sich mit der Rolle aufstrebender Staaten wie China, Indien, Brasilien und Südafrika. Im Regional Powers Network (RPN) erforschen Mitarbeiter den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten, wobei schwerpunktmäßig Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten im Mittelpunkt stehen. Das RPN wurde im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Weitere Informationen online: <www.giga-hamburg.de/rpn>.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2012), Anhaltender wirtschaftlicher und politischer Aufstieg Indiens?, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5, 2, 215-227.

Betz, Joachim (2012), India and the Redistribution of Power and Resources, in: *Global Society*, 26, 3, 387-405.

Destradi, Sandra (2013), Tiger oder Kätzchen? Indiens außenpolitische Debatten zeugen von andauernder Selbstfindung, in: *Internationale Politik*, 68, 5, 93-99.

Hess, Natalie M. (2012), *EU Relations with "Emerging" Strategic Partners: Brazil, India and South Africa*, GIGA Focus International Edition English, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/international-edition/english>.

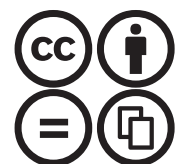
Kappel, Robert (2013), Der Aufstieg der BRICS und Europas Zukunft in der Weltwirtschaft, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2, 193-208.

Kappel, Robert (2011), The Challenge to Europe: Regional Powers and the Shifting of the Global Order, in: *Intereconomics*, 46, 5, 275-286.

Noesselt, Nele (2014), *Chinas neue EU-Strategie: Aufbau einer strategischen Achse der Weltpolitik?*, GIGA Focus Global, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** Focus  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM